

machtanspruch – Russland und China – hatten in der Obama-Administration keinen bequemen Partner, aber einen allzeit zugänglichen und berechenbaren.

Die Wahl von Donald Trump zum 45. US-Präsidenten stellt vieles infrage. Normalerweise erwartet man von einem Kandidaten, dass er im Wahlkampf gemachte Ankündigungen auch umsetzt. In diesem Fall besteht die allgemeine Hoffnung darin, dass er wortbrüchig wird und viele seiner Pläne nicht wahr macht. Der Ausstieg aus dem Atomabkommen mit dem Iran, die Infragestellung der Schutzgarantie der NATO und ein Kurswechsel in der Syrienpolitik, da Baschar al-Assad als angeblicher IS-Bekämpfer eher Schutz verdiene – all das würde zu einer unmittelbaren Gefährdung von Frieden und Sicherheit führen. Das Schlimmste aber sind die Schäden, die durch Trumps Wahlkampf im Bereich der politischen Kultur des Westens entstanden sind. Werte wie Berechenbarkeit, Fairness, Wahrheitstreue, Respekt für Andersdenkende, für religiöse Überzeugungen, für Minderheiten, die Achtung von Frauen – das alles hat er weggeschwemmt und ersetzt durch das Prinzip »alles, was mir nützt, ist erlaubt«. Hier wurde die Regelverletzung zum Prinzip, und sei es, um Aufmerksamkeit zu gewinnen. Der Erfolg dieser Strategie, beklatscht von allen Rechtspopulisten dieser Welt, wird Folgen haben, auch für die Weltordnung. Wo soll noch eine Autorität herkommen, die Regelverletzungen und Verstöße gegen gemeinsame Werte offen benennt und zurückweist, die eine Politik der globalen Verantwortungspartnerschaft glaubhaft einfordert und die wirksame Mittel gegen den Ansehensverfall des Politischen überhaupt findet? Nur eine gerechtere Weltordnung wird zu mehr Frieden führen. Der sich ausbreitende Wertehilismus spiegelt einen Stimmungstrend, führt aber ins Nirgendwo.



Gernot Erler

MdB, Staatsminister a.D., ist Koordinator der Bundesregierung für die zwischengesellschaftliche Zusammenarbeit mit Russland, Zentralasien und den Ländern der Östlichen Partnerschaft.

gernot.erler@bundestag.de

Tom Goeller

USA – von der Gründungsidee zur heutigen weltpolitischen Rolle

Für Verschwörungsliebhaber ist die NWO, wie sie den Begriff *Neue Weltordnung* gerne abkürzen, Realität. Ihrer Einbildung nach wird die ganze Welt längst wahlweise vom »internationalen Finanzjudentum«, den Freimaurern, die gleichzeitig »Agenten des internationalen Zionismus« sein sollen, imaginären Templern, Illuminaten, Rosenkreuzern oder von allen zusammen regiert, gemeinsam noch mit den »Bilderbergern«, einer Gruppe einflussreicher Personen aus Wirtschaft, Politik, Militär, Medien und Kirchen, die sich seit 1954 jährlich unter viel Geheimnistuerei im Hotel Bilderberg im niederländischen Ort Oosterbeek treffen. Sie ordnen angeblich die Welt neu, sind die wahren Puppenspieler, die die scheinbar Mächtigen dieser Welt an ihren Fäden hin- und herziehen.

Die an solches glauben, sollten sich beunruhigt fühlen, denn die von ihnen befürchtete neue Weltordnung ist tatsächlich längst Realität: in Form der Vereinten Nationen, deren geistige Väter immerhin die beiden Freimaurer Franklin D. Roosevelt und Winston Churchill waren. Und der 33. Präsident der USA, Harry S. Truman, ebenfalls ein Freimaurer, erklärte anlässlich der Eröffnung der ersten UNO-Konferenz 1945 in San Francisco: »Wir müssen eine neue Welt bauen, eine viel bessere Welt, eine, in der die Würde des Menschen für ewig geachtet wird.«

Grundsätzlich stammt die Idee, die Welt neu zu ordnen, in all ihren Facetten tatsächlich aus Amerika, oder wie der Kontinent kurz nach seiner Entdeckung bezeichnenderweise genannt wurde, aus der »Neuen Welt«, aus der tatsächlich oft Neues kam.

Alles begann am 4. Juli 1776. »Folgende Wahrheiten erachten wir als selbstverständlich: dass alle Menschen gleich geschaffen sind; dass sie von ihrem Schöpfer mit gewissen unveräußerlichen Rechten ausgestattet sind, wozu Leben, Freiheit und das Streben nach Glück (*Life, Liberty and the pursuit of Happiness*) gehören.« Mit diesen Worten erklärten 56 Repräsentanten der 13 nordamerikanischen Kolonien ihre Unabhängigkeit von Großbritannien. Das wahrhaft Neue an dieser Erklärung war die Ansicht, dass bestimmte Rechte »selbstverständlich« sein sollten, wozu das »Recht auf Glück« gehörte, ein bis heute einmaliger, in keinem anderen Staat der Welt so formulierter Anspruch. Und in einer weiteren Hinsicht war diese Erklärung einmalig: Sie war die erste, die für die Bürger ihres Wirkungskreises die Bestimmung über sich selbst einforderte – in Form einer modernen Demokratie.

Es bedurfte noch eines sieben Jahre dauernden Unabhängigkeitskrieges, bis 1783 England nachgab und weiterer sechs Jahre bis sich die neue Nation endgültig eine Verfassung gab. Im gleichen Jahr, in dem George Washington zum ersten Präsidenten der USA gewählt wurde, 1789, brach gleichzeitig in Versailles die alte Weltordnung zusammen. Merkwürdigerweise steht in der deutschen historischen Wahrnehmung des 18. Jahrhunderts die Französische Revolution stets im Vordergrund, die vorangegangene amerikanische wird dagegen kaum wahrgenommen, zumindest nicht ihrer Bedeutung entsprechend. Diese europäische Selbstverliebtheit hat dazu beigetragen, lange jene neue Ordnung der Welt nicht zu erkennen, geschweige denn zu verstehen, bis sie dann 1917/18 den Ersten und 1944/45 auch den Zweiten Weltkrieg mit aller Wucht und Kraft und Dynamik für sich entschied.

Seither wird die Welt ständig neu geordnet: Am Ende seines 14-Punkte-Plans zur Beendigung des Ersten Weltkriegs und der Ordnung danach, streckte der amerikanische Präsident Woodrow Wilson am 8. Januar 1918 Deutschland die Hand entgegen, indem er den Deutschen einen Platz »in der neuen Welt, in der wir nun leben« zugestand. Wenig später, am 25. September 1919 appellierte er vor dem US-Kongress an seine Landsleute, der Gründung des Völkerbundes zuzustimmen, indem er pathetisch daran erinnerte, die Amerikaner hätten sich schon immer von »Freiheit und Gerechtigkeit leiten« lassen »und durch uns wird davon auch die Welt geleitet, hinaus auf Weiden der Ruhe und des Friedens, so, wie die Welt noch nie zuvor davon geträumt hat«.

Der entscheidende Passus dieser Rede ist »durch uns wird davon auch die Welt geleitet«. Der sich stets liberal und harmlos gebende Woodrow Wilson (ähnlich wie heute Barack Obama) war der erste US-Präsident, der vollkommen durchdrungen

und beseelt vom amerikanischen Sendungsbewusstsein war. Er war überzeugt, dass die Welt nur mittels amerikanischer Führung gesunden und prosperieren könne.

Diese Haltung war durch eine historische und eine aktuelle Erfahrung begründet: Von 1812 bis 1815 führte die junge amerikanische Republik ein zweites Mal Krieg gegen England. Wieder ging es um die Unabhängigkeit, diesmal um ihren Erhalt. Der deutsche Historiker Michael Hochgeschwender hat in seinem jüngsten Buch *Die Amerikanische Revolution. Geburt einer Nation 1763-1815* darauf hingewiesen, dass die Amerikaner damals erstmals versucht hätten, ihren Freiheitsgedanken »aggressiv nach Kanada zu exportieren«, um feststellen zu müssen, dass »dort kaum jemand so richtig befreit werden« wollte. Der Princeton-Historiker Woodrow Wilson, der – bevor er Präsident wurde – ein fünfbändiges Werk zur Geschichte der Vereinigten Staaten verfasst hatte, kannte diesen Teil der Historie, hatte aber durch den Hilferuf Frankreichs im Jahr 1917 den Eindruck gewonnen: »Frankreich und die Welt waren (nur) deshalb frei, weil die Amerikaner gekommen sind!« Im eigenen Land folgte niemand Wilsons Vorschlägen für den Völkerbund. Während sich die Welt mittels der amerikanischen Idee des Völkerbundes ab 1920 noch einmal selbst ordnete, besannen sich die Amerikaner – ein letztes Mal – auf sich selbst.

Vom New Deal zu den Vereinten Nationen

Nach dem Zusammenbruch der New Yorker Börse im Jahr 1929 gerieten die USA in eine nachhaltige Rezession, die flächendeckende Armut in bis dahin nicht gekanntem Ausmaß nach sich zog. Der 1933 ins Amt gewählte Präsident Roosevelt löste die Krise mit einem Wirtschaftsprogramm, das er New Deal nannte. Kurz darauf, im Jahr 1935, wurde die heutige Ein-Dollar-Note gestaltet. Das eine hat mit dem anderen zu tun. Auf der Rückseite des Dollarscheins sieht man links in einem Siegelkreis eine unvollendete Pyramide, ein Freimaurersymbol, das bereits von Benjamin Franklin 1778 für das amerikanische »Revolutionsgeld« als Abbildung aufgenommen worden war. Darüber ein »allsehendes Auge«, ebenfalls ein Freimaurersymbol, jedoch 1935 interpretiert als das »Auge des Volkes«, das die Mächtigen des Landes überwacht und daran erinnert, dass die Macht vom Volk ausgeht.

Entscheidend für unser Thema sind indes die lateinischen Worte über und unter der Pyramide: *Annuit coeptis* und *Novus ordo seclorum* (»Er heißt das Begonnene gut«/»Neue Ordnung der Zeitalter«). Die Entstehungsgeschichte dazu ist simpel. Die Bildungselite der USA lernte damals genauso Latein wie in Europa. Roosevelts Landwirtschaftsminister Henry A. Wallace, der sehr stark in das New-Deal-Programm einbezogen war, kam auf die Idee, den allzu volkstümlichen Begriff New Deal sprachlich lateinisch aufzuwerten in *novus ordo* der Zeitalter (*seclorum*). Und weil der New Deal die Idee des Präsidenten war, so bezog Wallace auch dies mit ein, indem er schrieb *annuit coeptis*, also: »Er (Franklin D. Roosevelt) heißt das Begonnene (den New Deal) gut«. Und Agrarminister Wallace brachte diese Idee bei der Neugestaltung der Ein-Dollar-Note mit ein, die damals auf höchster Ebene entschieden wurde.

Mit diesem Wissen sollten nun alle noch so scheinbar klug zusammengestellten Verschwörungstheorien über diesen ominösen Satz auf der Dollarnote wie Staub in sich zusammenfallen. Die Verbreitung des *Novus Ordo*-Slogans führte bald dazu, dass

der englische Science-Fiction-Autor H. G. Wells im Januar 1940, als der Zweite Weltkrieg schon an allen Ecken Europas lauerte, das Buch *The New World Order* veröffentlichte. Auf 124 Seiten philosophierte Wells, ob und wie eine »neue Weltordnung« erreicht werden könnte und welcher Art sie sein sollte, um Frieden zu erreichen. Er kam zu dem Schluss, dass es dafür notwendig sei »die Völker der Welt zu vereinen«. Außerdem müsse eine solche »neue Weltordnung« ein Rechtssystem zur Wahrung der Menschenrechte bereitstellen.

Wells' Idee wurde bekanntlich 1942 bei einem Treffen zwischen Roosevelt und Churchill aufgegriffen, die dann die Gründung der Vereinten Nationen in die Wege leiteten; letztlich kein anderer Vorschlag als der Wilsons von 1919, nur, dass Präsident Wilson zu seiner Zeit zu schwach war, seine »Liga der Nationen« in den USA durchzusetzen.

Amerikanisches Sendungsbewusstsein

Eigentlich war die Idee der neuen Weltordnung mit der Gründung der UNO 1945 vollendet und es wurde still um diesen Begriff, bis der 41. amerikanische Präsident George H. W. Bush (sen.) am 29. Januar 1991 bei seiner Rede an die Nation tief in die historische Vokabel-Versatzkiste griff, um seinen Golfkrieg zur Befreiung Kuweits von der irakischen Besatzung als Sendungsauftrag für die ganze Menschheit zu charakterisieren: »Wir wissen, warum wir dort sind. Wir sind Amerikaner, Teil von etwas Größerem als wir selbst. Zwei Jahrhunderte lang haben wir hart für die Freiheit gearbeitet. Und heute Abend führen wir die Welt an, eine Bedrohung gegen Anstand und Menschlichkeit niederzuringen. Nicht nur ein kleines Land ist in Gefahr, sondern eine große Idee, die der neuen Weltordnung.«

Mit diesen Sätzen hat der »alte« Bush diesen Begriff wieder salonfähig gemacht und zahllosen Spekulationen Tür und Tor geöffnet, was genau er wohl damit meinte. Klar ist, Bush senior hat damals vor allem das Sendungsbewusstsein der amerikanischen Gründerväter beschworen, genauso wie die Selbstberufung zur Rettung der Welt des Woodrow Wilson von 1919. Der 41. US-Präsident Bush beendete damit das Vietnam-Trauma seiner Nation, indem er den Amerikanern zurief, sie seien »Teil von etwas Größerem« und die USA müsse »die Welt anführen«. Seither ist dieses Sendungsbewusstsein wieder gänzlich Teil der Politik aller amerikanischen Präsidenten nach ihm. Ob Bill Clinton, der »die Welt« 1999 im Kampf gegen Slobodan Milosević anführte, Bush-Sohn George W., der meinte, mit einer »Allianz aus 33 willigen Staaten« im Irak eine neue Ordnung herstellen zu können bis hin zum noch-amtierenden Präsidenten Barack Obama, der in seiner ersten Rede zur Amtseinführung im Januar 2009 mehrfach an die Not während der Amerikanischen Revolution vor mehr als 200 Jahren erinnerte und seinem Land wie der Welt erklärte, dass Amerika ein von Gott auserwähltes Volk sei, das eine Mission habe: »Lasst uns dieses kostbare Geschenk weitertragen, diese edle Idee, die von Generation zu Generation weitergegeben wurde: das von Gott gegebene Versprechen, dass alle Menschen gleich und frei sind und alle eine Chance verdienen, vollends nach Glück zu streben.«

Während er in seinen acht Jahren Amtszeit den wieder »in« gewordenen Begriff der neuen Weltordnung vermied, ließ er sich in einer Rede vor zwei Jahren doch da-

zu hinreißen, unkonkret und indirekt davon zu sprechen, »dass weltweit die alte Ordnung bröseln und wir noch nicht genau wissen, wie eine neue Ordnung auszu-sehen hat, die auf anderen Werten basiert«.

Und so verkommt die »neue Weltordnung« zu einem Schlagwort, das derzeit geradezu inflationär Verwendung findet. So titelte etwa das russische, staatlich gelenkte Medienkonsortium »Sputnik« im März 2016: »Neue Weltordnung auf US-Art: Der Weg in den dritten Weltkrieg?« Und das russische Fernsehen »Pravda-TV« meinte in einem Onlineartikel, den deutschen Außenminister Frank-Walter Steinmeier unter die Weltverschwörer einreihen zu müssen, als dieser auf der jüngsten UNO-Vollversammlung am 23. September Bezug auf die »Agenda 2030« nahm. Diese sei, so Pravda-TV, »das Leuchtturmprojekt der Neuen Weltordnung«. In dem Artikel wird darauf verwiesen, dass »die Eliten versuchen werden, die Bevölkerungen zu kontrollieren«. Hier wird allen Ernstes versucht, den originären amerikanischen Politikbegriff für Verschwörungstheorien zu missbrauchen.

Aber auch in Deutschland geht man leichtfertig damit um: Mark Leonhard schrieb am 5. September 2016 in der Zeitung *Die Welt* unter der Überschrift »Eine schwache EU wartet auf die neue Weltordnung«, dass »die Vereinigten Staaten nicht länger die Rolle der Weltpolizei übernehmen« könnten. »Mächte wie Russland, der Iran oder China stellen in der Ukraine, in Syrien und im Südchinesischen Meer die Reaktionen der USA auf die Probe.«

Doch so leicht, wie russische und deutsche Medien mit dem Begriff der neuen Weltordnung umgehen, lassen sich die USA »ihre« Idee nicht nehmen. Henry Kissinger hat diesen Begriff international für die USA reklamiert. In seinem Grundlagenwerk von 1994 mit dem Titel *Diplomacy* lautet bereits das erste Kapitel »The New World Order«. Und direkt auf der ersten Seite beginnt Kissinger klarzustellen: »Keine andere Gesellschaft (als die USA) hat nachdrücklicher darauf bestanden (...) oder leidenschaftlicher durchgesetzt, dass seine ureigensten Werte universell gelten.«

Peter Scholl-Latour regte sich 2012 in seinem Buch *Die Welt aus den Fugen* genau über diese Art des amerikanischen Sendungsbewusstseins auf. Er warf beispielsweise Hillary Clinton vor, dass sie selbst bei einem Besuch im entlegensten Winkel der Welt, in diesem Fall meinte Scholl-Latour die Hauptstadt der Mongolei, Ulan Bator, »unverdrossen und überheblich den Lobgesang des American Way of Life anstimmte« und »energisch« der »wohlwollenden Despotie des großen Staatsmannes Lee Kwan Yew« aus Singapur »widersprach«.

Genau diese Fortsetzung des amerikanischen Selbstverständnisses ist auch von Donald Trump als Präsident im Weißen Haus ab der Amtseinführung am 20. Januar 2017 zu erwarten. Die amerikanische Definition der neuen Weltordnung erstreckt sich buchstäblich auf die ganze Welt. Wobei derzeit Schwerpunkte erkennbar sind: Seit der von US-Präsident Obama ausgegebenen Doktrin *Pivot to Asia* – dem »Schwenk nach Asien« –, ist das Hauptaugenmerk amerikanischer Außen- und Sicherheitspolitik auf den Pazifik gerichtet. Europa, das sehr stark mit sich selbst und den Auswirkungen der Kriege im Nahen Osten beschäftigt ist, hat diesen Schwenk erst bemerkt, als Obama im Jahr 2013 das Überschreiten der von ihm gezogenen »roten Linien« in Syrien zuließ, ohne zu intervenieren. Zur gleichen Zeit aber haben die USA

ihre militärischen Aktivitäten im Pazifik hochgefahren und streben die Errichtung von Militärbasen im Norden Australiens an, während sie zahlreiche US-Basen in Deutschland aufgelöst haben. Sowohl Donald Trump als auch Hillary Clinton hatten im Wahlkampf geäußert, dass sie in China »einen der Top-Gegner der USA« sähen. Beide hatten angekündigt, bisherige Handelsverträge mit China neu vereinbaren zu wollen. Hillary Clinton machte noch auf die »permanenten Menschenrechtsverletzungen« Pekings aufmerksam.

Was das Verhältnis zu Russland angeht, so pries die Demokratin Clinton das nordatlantische Bündnis als »das beste amerikanische Investment aller Zeiten«. Sie kündigte indes ein größeres amerikanisches Engagement an, »die Alliierten zu stärken, insbesondere gegen die russische Aggression«.

Anders als hierzulande oft dargestellt, spielt es für Deutschland zumindest in diesem Punkt jedoch keine Rolle, dass Trump und nicht Clinton ins Weiße Haus einzieht. Was die Erwartungen amerikanischer Regierungen an Deutschland anbelangt, geht es schon seit der Deutschen Einheit immer um das Gleiche: Die Amerikaner wünschen sich seit 1990 aufgrund der Wiedervereinigung beträchtlich mehr deutsche Soldaten, insbesondere in jenen – europäischen und nahöstlichen – Krisengebieten, aus denen sie sich selbst zurückziehen möchten. Das versteht das gesamte politische Establishment in Washington, D.C. als Teil seiner neuen Weltordnung.



Tom Goeller

ist Journalist für Außen- und Sicherheitspolitik mit den Schwerpunkten USA und Nahost, Schriftsteller und Autor. Zuletzt erschien im be.bra-Verlag: *Freimaurer – Aufklärung eines Mythos*.

tom-usa@gmx.net

Heidemarie Wieczorek-Zeul

Globale Probleme erfordern globale Lösungen

Wie die Umsetzung der Nachhaltigkeitsentwicklungsziele gelingen kann

Wir leben in einer zutiefst widersprüchlichen Welt: Während der Bedarf für eine Weltordnung jeden Tag wächst, schwinden zugleich die Fähigkeit und der Wille diesen zu bedienen. Nach dem Ende des bipolaren Zeitalters Ende der 80er Jahre erwarteten wir eine neue kooperative Weltordnung. Statt in einer multipolaren Weltordnung befinden wir uns aber inzwischen inmitten einer multipolaren Weltunordnung!

Dabei begegnen uns verschärft Herausforderungen, denen wir uns stellen müssen, wenn wir der zunehmenden Gewalt und Gesetzlosigkeit entgegenarbeiten wollen. Nach 30 Jahren Vorherrschaft des Marktradikalismus ist der »Wettbewerb« zwischen den Staaten härter geworden. Die aufsteigenden Schwellenländer verfolgen zumeist ein eher autoritär geprägtes Wachstumsmodell, das Konflikte zum Teil verschärft, in jedem Fall aber die Ungleichheit in diesen Ländern massiv verstärkt. Wir erleben